

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 14. Dezember 1932
14. Jahrgang Nr. 293

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 42 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 50 Pf., monatlich 1,88 Mk. + 84 Pf. Botenlohn = 2,20 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,15 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Sammlungsanzeigen 8 Pf. **Merkmale:** Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmefrist in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43902. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Güterhaus). Fernsprecher 43902. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsort:** Breslau. — **Verlag:** Schlesische Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 43902.

Einheitsfrontaktion im Bergarbeiterdorf Rothenbach!

Entfacht überall Massentamp für die Deffnung der Lebensmittelspeicher und Kohlenhalden

Laßt nicht zu, daß ihr und eure Familien in dem Deutschland des Ueberflusses hungern und frieren!

Rothenbach, Kreis Waldenburg, 13. Dezember. Die Erwerbslosen in dem Bergarbeiterdorf Rothenbach haben eine Einheitsfrontaktion zur Rettung gegen Hunger und Frost eingeleitet. Die Aktion nahm ihren Anfang in der am Freitag abgehaltenen großen Erwerbslosenversammlung, wo auf dieser die Forderungen auf Winterhilfe — siehe unten Aufruf an die Einwohnerschaft Rothenbachs — aufgestellt und beschlossen wurden. Es wurde ebenfalls der Beschluß gefaßt, bei Ablehnung dieser minimalen Forderungen in den Miet- und Schulstreik zu treten. Es wurde eine Delegation gewählt, bestehend aus fünf Kameraden — zwei KPD.-Genossen, zwei Parteiloze und ein SPD.-Schöffe —, um dem Gemeindevorsteher die Forderungen sofort zu unterbreiten. Die Delegation wurde von den Erwerbslosen durch die Bildung eines Demonstrationzuges begleitet. Der nicht in der Wohnung weilende Gemeindevorsteher wurde von den Demonstranten und der Delegation in seinem Aufenthaltsort aufgesucht. Aus dem Demonstrationzuge wurden immer wieder folgende Rufe laut:

„Wir haben Hunger und fordern ausreichende Winterhilfe! Nieder mit den Notverordnungen! Nieder mit der faschistischen Hungerdiktatur! Erst das Essen, dann die Miete!“

An die Einwohnerschaft Rothenbachs!

Gemäß den Erfahrungen, die die Erwerbslosen mit dem bürgerlichen Winterhilfsbewußtsein gemacht haben, haben auch Rothenbachs Erwerbslose erkannt, daß Winterhilfe nicht von Parlamenten kommt, sondern in außerparlamentarischer Aktion erkämpft werden muß. Entgegen den Zeitungsmeldungen der SPD. und Nazis, daß Winterhilfe im Reichstag beschlossen werden soll, haben die Erwerbslosen von Rothenbach ihre eigenen Forderungen aufgestellt. Die Forderungen sind so heftig, daß man dieselben ohne weiteres anerkennen muß. Die Erwerbslosenversammlung, die stattfand, stellte sich einmütig hinter die Forderungen, und bei Nichterfüllung wurde beschlossen, daß keine Miete mehr gezahlt wird und die Kinder der Erwerbslosen nicht zur Schule geschickt werden.

Das sind die Forderungen!

1. Eine Winterbeihilfe in Höhe von 10 Mark für alle Erwerbslosen, einschließlich der Nichtregistrierten, die überhaupt nichts erhalten und von den alten Eltern unterstützt werden, ferner für jedes weitere Familienmitglied 5 Mark.
2. Weg mit der Krankenkassen- und Rezeptgebühr.
3. Volle Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung ohne jeglichen Abzug für Miete und Sonstiges. Hier wird schon dazu übergegangen, nicht nur die Miete für die Gemeindebauten, sondern auch für die Privathausbesitzer abzuweichen.

Durch eine Delegation der Versammlung sind diese Anträge dem Gemeindevorsteher unterbreitet und von diesem abgelehnt worden. Die Erwerbslosen beharren aber auf ihren berechtigten Forderungen. Sie befinden sich nach den oben angeführten Beschlüssen ab Montag, den 12. Dezember, im Miet- und Schulstreik.

Die Erwerbslosen appellieren nun an das Solidaritätsgesühl aller Ausgebeuteten von Rothenbach

Auch bei euch Betriebsarbeitern ist dasselbe Glend. Besinnt euch, wenn ihr den Verkaufslaub antretet; auch euer Lohn ist so gehalten, daß ihr euch nicht mehr halten könnt. Durch 500 Prozent Bürgersteuer sollt ihr die Gemeindefälle stabil erhalten. Solidarisiert euch mit euren Klassenbrüdern von der Stempelstele.

Der Kampf der Erwerbslosen ist euer Kampf!

Der von den Demonstranten aufgestöberte Gemeindevorsteher lehnte die Forderungen mit der Begründung ab, daß kein Geld vorhanden sei. Diese ablehnende Haltung löste eine ungeheure Empörung unter den hungernden und frierenden Erwerbslosen aus. Es wurde nochmals gelobt, am Montag den Miet- und Schulstreik durchzuführen.

Am Montag wurde mit der Durchführung des Streikbeschlusses begonnen. Auf den ersten Dieb hatten 35 Kinder die Schule nicht besucht. Am Dienstag stieg die Zahl der streikenden Schulkinder auf 50. Auch einige Betriebsarbeiter hatten ihre Kinder aus Solidarität nicht zur Schule geschickt.

Am Montag wurde erneut für die berechtigten Forderungen demonstriert. Die Demonstranten wurden mit zunehmenden Härten aus allen Häusern, wo Arbeiter wohnen, begrüßt. Der Demonstrationzug wurde später von der Polizei aufgelöst. Es hat auf Grund dieser Erwerbslosenaktion eine Polizeijagd auf die angeblichen Führer der Bewegung eingeleitet.

Die um ihre Winterhilfe kämpfenden Erwerbslosen haben nachstehenden Aufruf an die Einwohnerschaft Rothenbachs erlassen: Wir haben wegen der Presseverfolgung aus dem nachstehenden Aufruf einige Forderungen des wirklichen Kampfes weglassen müssen.

Hausbesitzer, Handwerker und Kleingewerbetreibende von Rothenbach, auch euer Interesse ist es, wenn der Kampf der Erwerbslosen siegreich beendet wird.

Gemeinsamer Kampf bedeutet gemeinsamen Sieg!

Die sozialdemokratische „Vorgewacht“ von gestern, die auf der ersten Seite demagogisch für Winterhilfe für die Vermittelten eintritt, hegt im Innern des Blattes gegen die kämpfenden Erwerbslosen in Rothenbach. Die von den Rothenbacher Erwerbslosen angewandten Kampfmittel werden als Hindernisse bezeichnet. Damit entlarven sich die sozialdemokratischen Führer, daß ihre Anträge im Reichstag für die Erwerbslosen nur reine Agitation sind. Die Breslauer sozialdemokratische „Volkswacht“ spricht in der gestrigen Nummer vom Erfolg der Sozialdemokratie in der Frage der Winterhilfe, während die Dinge in der Wirklichkeit so liegen, daß die Regierung erklärt, daß sie keine Mittel hierzu zur Verfügung stellen kann. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD., hat es noch nicht einmal gewagt, von einem Erfolg in der Frage der Winterhilfe zu sprechen. Vielmehr stellt er fest, daß die Beratungen im Haushaltsausschuß durchaus unbefriedigend sind. Die sozialdemokratische Provinzpresse will mit ihrem Betrug des Erfolges der SPD. in der Frage der Winterhilfe die kampfbereiten Erwerbslosen beschwichtigen, sie will damit neue Missionen unter den hungernden und frierenden Erwerbslosen wecken. Diese Betrugsmanöver dürfen die Erwerbslosen nicht abhalten, ihren Kampf um die kommunikativen Erwerbslosenforderungen — die wirkliche Winterhilfe vorsetzen — verstärkt weiterzuführen. Der Massentamp um die Deffnung der Lebensmittelspeicher und Kohlenhalden muß nun erst recht ansteigert werden. Die Erwerbslosen haben bei der Tatsache, daß Millionen Tonnen Lebensmittel und Kohlen aufgeschichtet liegen, es in der Hand, zu verhindern, daß sie und ihre Familien noch weiter hungern und frieren. Sie dürfen nicht zulassen, daß in dem Deutschland des Ueberflusses sie verhungern und erfrieren. Das Gebot der Stunde ist, in jeder Gemeinde, auf jeder Stempelstele das Banner der Einheitsfrontaktion zu entrollen. Ohne Unterschied der parteilichen, gewerkschaftlichen und religiösen Einstellung müssen sich die Hungernden und Frierenden zum geschlossenen Kampf vereinigen.

machung des Lohnabbaues durchzuführen. Wenn sich die Belegschaften nicht rühren, werden die Unternehmer den Lohnabbau bis 31. Januar 1933 verlängern. Außerdem greifen die Unternehmer mit anderen Lohnabbauethoden an. Darum müssen alle Belegschaften zur Offensive übergehen, denn über die Rückgängigmachung des Lohnabbaues, über die Abwehr dieser Lohnabbauangriffe entscheidet in Wirklichkeit nur die Kampffront der Arbeiterschaft.

Wer wird amnestiert?

Als die Papen-Regierung am 9. August ihre Terrornotverordnung veränderte und Sondergerichte einsetzte, erklärte sie gleichzeitig, daß die Hoffnung auf jede Amnestie illusorisch sei. Sie — die Papen-Regierung — werde grundsätzlich jeden Amnestiegesetzentwurf im Reich ablehnen und auch auf das schärfste jede Amnestie der Länderregierungen bekämpfen und zu verhindern wissen.

Vier Monate des Massentampes gegen die Terror-Notverordnung und die aufstrebenden Artikel der Sondergerichte und ordentlichen Gerichte, die Hunderttausenden Protestresolutionen aus den Betrieben, die Demonstrationen für die Befreiung der 9000 proletarischen politischen Gefangenen, die immer stärker anwachsende Massenbewegung trauten der Vorgewacht eine Teilamnestie ab. Es ist erreglich, zu sehen, wie demokratische Kräfte, die im August die Einsetzung der Sondergerichte begrüßten, sich heute in die Brust werfen und das im Reichstag angenommene Teil-Amnestie-Gesetz als ihr Verdienst buchen.

Die Sozialdemokratie, die in Preußen sowie in anderen Einzelstaaten kommunistische Amnestieanträge niederstimmte und die Einsetzung der Sondergerichte ebenfalls begrüßt hatte, hat die eiserne Fesseln, die Annahme des Amnestiegesetzes im Reichstag als eine sozialdemokratische Tat hinzustellen. In der gestrigen „Volkswacht“ leitet Artikel Paul Löbe über die Reichstagsführung und versteigt sich dabei zu folgender Behauptung:

„Das dürfen wir als ersten wichtigsten Erfolg unserer Parlamentsarbeit buchen: Tausende von Kameraden, die oft genug Opfer schlimmster Klassenurteile waren, kommen frei, mit ihnen alle, die die Not zu einer Verlegung der Geißel getrieben hat!“ Und an anderer Stelle desselben Artikels gerührt Herr Paul Löbe herablassend zu bemerken:

„Die Kommunisten haben mit den Sozialdemokraten für die Amnestie gestimmt.“

Während Herr Löbe, die Initiative zum Amnestiegesetzentwurf lag der kommunistischen Partei, lag bei den Millionen Vertägigen in Stadt und Land, die mit der roten Hilfe für die Befreiung der 9000 kämpften. Die Sozialdemokratie hat im Juni dieses Jahres durch ihren Einspruch im preussischen Staatsrat 33000 proletarische politische Angeklagte um die Amnestie geprellt. Sie hat in Sachen einen Amnestiegesetzentwurf eingebracht, der eine Karikatur auf eine wirkliche Amnestie war. In dessen erklärte der sozialdemokratische Ministerialdirektor Neuroth nach Annahme eines Amnestieantrages wörtlich:

„Wir werden den Amnestiegesetzentwurf bei Annahme nicht durchführen. Die Gerichte sind stets bemüht, das Recht zu finden.“

Und bei den Beratungen im Rechtsausschuß des Reichstages forderte der sozialdemokratische Abgeordnete Marum, daß die Strafvermerke bei den Amnestierten nicht getilgt werden dürfen; es bestehe ein Interesse daran, sich diejenigen zu merken, die zu hohen Strafen verurteilt worden sind. Die Sozialdemokratie wollte also den proletarischen politischen Gefangenen noch das Räusmal des „Zuchthauslers“ auf die Stirn brennen.

Wie bei allen Amnestien so werden auch bei der gegenwärtigen Teilamnestie die berichtigten Ausnahmen gemacht. Im § 1 des Amnestiegesetzes wird ausgesprochen, daß für Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß wirtschaftlicher Kämpfe begangen sind, grundsätzlich Straffreiheit gewährt wird. Der Umfang dieser Straffreiheit und die Ausnahmen von diesem Straferlaß werden in den §§ 2—4 des Amnestiegesetzes angegeben. Nach § 2 werden Strafen, die beim Inkrafttreten des Gesetzes rechtskräftig, aber noch nicht verbüßt sind, erlassen, wenn sie in Geldstrafen oder in Freiheitsstrafen, Zuchthaus-, Gefängnis- oder Festungstrafen bis zu fünf Jahren bestehen.

Die Geldstrafen werden erlassen, unabhängig davon, ob sie selbstständig oder neben einer Freiheitsstrafe verhängt sind.

Freiheitsstrafen bis zu 15 Jahren werden zunächst um 5 Jahre herabgesetzt. Die Reststrafen werden auf die Hälfte herabgesetzt. Bei Zuchthausstrafen tritt dann nach dieser Herabsetzung außerdem eine Umwandlung in Gefängnisstrafen ein. Damit werden also all Gefängnisstrafen überhaupt, sofern sie unter die Amnestie fallen, gestrichen, die Zuchthaus- bzw. Festungstrafen entsprechend herabgesetzt. Alle Beschlagnahmen von Druckmaschinen, insbesondere von Rotationsmaschinen, sind mit dem Inkrafttreten des Gesetzes aufgehoben.

Betriebsbelegschaften kämpfen um die sofortige Rückgängigmachung des Lohnabbaues

Berlin, 14. Dezember. (Fig. Drahtbericht.) Der neue Reichsarbeitsminister Ehrup hatte die Einsetzung eines Unterausschusses des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages gefordert, der die Frage prüfen sollte, ob mit der Aufhebung des sozialpolitischen Teiles der Papen-Notverordnung vom 4. September auch die darauf beruhende Lohnabbau-Notverordnung vom 5. September und die Ausführungsbestimmungen aufgehoben werden müssen. In diesem Unterausschuß hat nun der Regierungsvorsteher schließlich erklärt, daß die Regierung bereit sei, die Lohnabbau-Notverordnung vom 5. September und die Ausführungsbestimmungen aufzuheben, doch

werde der Lohnabbau, der auf Grund dieser Notverordnung durchgeführt wurde, nicht gleichzeitig rückgängig gemacht. Erst am 31. Dezember soll allgemein dieser Lohnabbau rückgängig gemacht werden, doch sollen für diejenigen Aufträge, wo die Unternehmer behaupten, daß sie auf Grund der gekürzten Löhne Aufträge auszuführen hätten, aus deren Nichtausführung ihnen Schäden erwachse, der Notverordnungslohnabbau bis 31. Januar 1933 verlängert werden dürfe. Ob dieser Fall zutrifft, entscheidet auf Antrag der Unternehmer der Schlichter. Der Antrag muß bis spätestens 31. Dezember gestellt sein. Es ist nun Sache der Belegschaften, die sofortige Rückgängig-

Protest gegen das Terrorurteil des Waldenburger Sondergerichts

Wreslau, 14. Dezember. Das Terrorurteil des Waldenburger Sondergerichts gegen unsere Genossen Seidel, Weißstein, hat unter den Arbeitern, insbesondere unter den Erwerbslosen Schlesiens, eine ungeheure Empörung hervorgerufen. Der Bezirks-Erwerbslosenausschuss Schlesiens hat folgende Protestresolution an das Waldenburger Sondergericht gefandt:

Bezirks-Erwerbslosenausschuss Schlesiens,
Wreslau 1, Ketzberg 25.

An das **Sondergericht** **Waldenburg.**

Namens 300 000 Erwerbsloser Schlesiens protestieren wir gegen das gefällte Zuchthausurteil des Waldenburger Sondergerichts gegen unsere Kollegen Seidel, Weißstein.

Das Waldenburger Sondergerichtsurteil ist ein Rechtsbruch, denn nach der Annahme der Amnestievorlage durch Zweidrittel-Mehrheit im Reichstage sollen alle schwebenden Verfahren der Sondergerichte bis zur Entscheidung ruhen.

Wir verlangen daher sofortige Haftentlassung unseres Kollegen Seidel, Weißstein. Heraus mit Seidel, heraus mit allen proletarischen politischen Gefangenen!

Die Protestresolution des Bezirks-Erwerbslosenausschusses Schlesiens muß erst der Anfang einer breiten Kampagne gegen das Terrorurteil gegen unsere Genossen Seidel sein. Von allen Stempelstellen, Erwerbslosenausschüssen, aus allen Erwerbslosenversammlungen und

Betrieben sendet Protestschreiben an das preussische Justizministerium und sendet zugleich auch Begründungsschreiben an den Kollegen Seidel, Weißstein, zur Zeit Gerichtsgefangener in Waldenburg. In der Woche der politischen Gefangenen muß tausendfach der Ruf erschallen:

Heraus mit unseren proletarischen politischen Gefangenen!

SV.-Sprengstoffattentäter erhalten lächerlich geringe Gefängnisstrafen

Görlitz, 14. Dezember. In dem Prozeß gegen sieben SV.-Angehörige wegen der Terrorakte im Kreise Görlitz, insbesondere in Benzig und Schran, im August dieses Jahres, verurteilte gestern Abend das Sondergericht den Gärtner Helmut Engmann wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz in Tateinheit mit Sachbeschädigung zu einer Gesamt-Zuchthausstrafe von einem Jahr sieben Monaten. Die übrigen Angeklagten kamen mit lächerlich geringen Gefängnisstrafen bis zu vier Monaten weg. Dieses Urteil gegen nationalsozialistische Sprengstoffattentäter gegenübergestellt dem Terrorurteil des Waldenburger Sondergerichts gegen unsere Genossen Seidel — Genosse Seidel soll auf zehn Jahre ins Zuchthaus, weil er nur gegen die Ermittlungen ankämpfte — muß einen Proteststurm unter der antifaschistischen Bevölkerung hervorrufen. Der Kampf um die Freilassung des Genossen Seidel muß so mehr von den schlesischen und oberschlesischen Werktätigen gefordert werden.

Durch kommunistische Offensive Notverordnung des Unterstüchungsabbau aufgehoben

Nur durch die Einheitsfrontaktion wird die Durchführung dieses Beschlusses erzwungen

Berlin, 14. Dezember. (Eig. Drahtber.) Gestern wurde im Haushaltsausschuß des Reichstages nach einer schärferen kommunistischen Offensive die Aufhebung der Papen-Notverordnung vom 14. Juni beschlossen, jener Notverordnung, die den furchtbaren Abbau der Unterstüchungen für Erwerbslose, Wohlfahrtsempfänger und Kriegserntner brachte. Der Reichsarbeitsminister Syrup wandte sich aufs Schärfste gegen die Aufhebung dieser Notverordnung. Unter denjenigen, die gegen die Aufhebung dieser Notverordnung sprachen, tat sich besonders der Vertreter der Bahrischen Volkspartei, Schwarzger, hervor. Unter Nichtbeteiligung des Zentrums und der Deutschnationalen stimmten Kommunisten, SPD. und Nazis für die Aufhebung der Notverordnung.

Es wäre aber eine Illusion zu glauben, daß damit die not-

wendige Erhöhung der Erwerbslosen- und Sozialrentner-Unterstützung bereits erreicht wäre. Der Nazirechner machte der Regierung Vorschläge, eine etwaige Gefährdung der Reichsfinanzen durch Aufhebung der Notverordnung durch geeignete Gegenmaßnahmen abzuwenden. Das ist der Vorschlag, die aufzuhebende Notverordnung durch einzelne Gegenmaßnahmen zu ergänzen, die dieselbe Wirkung haben. Außerdem verschleppt die Naziführer die Bewablung des Aufhebungsantrages in der Vollziehung des Reichstages.

Nur wenn die Arbeitslosen im Verein mit den betriebsständigen Arbeitern und allen Werktätigen den Kampf um die Forderungen der Arbeitslosen und sonstigen Notleidenden ungemein verstärken, kann die Aufhebung der Abbaunotverordnung vom 14. Juni durchgesetzt werden.

Rübe werden mit Zucker gefüttert

1 100 000 Pfund Zucker vernichtet!

Zum Wohl, Rübe bekommen Zucker zu fressen. Zucker wird vernichtet. Schon im Jahre 1931 hat die Zuckerrübenfabrik Wetterau bei Frankfurt am Main 6000 Zentner Zucker vernichtet — und, was damals nicht berichtet wurde, 15 000 Zentner Zuckerrüben zu Trodenschnitzeln verarbeitet. Im Jahre 1932 war die Anbaufläche um 25 Prozent reduziert und trotzdem wurden wiederum 5000 Zentner Zucker durch Vernichtung der menschlichen Nahrung entzogen und 15 000 Zentner Zuckerrüben in Trodenschnitzeln verwandelt. Im vorigen Jahre wurde der Zucker mit Zuckerbrot vermischt und in der Weinregion dem Wein zugesetzt. In diesem Jahre wird der Zucker unter Zusatz von Salz als Viehfuttermittel verwandt und mit 3,5 Pfennigen verkauft. Der gewöhnliche Zucker aber muß mit 10 Pfennig bezahlt werden, wenn ihn Menschen genießen wollen. Die Zuckerrübenfabrikanten und Aktionäre aber haben für 1931 8 Prozent

Dividende (Gewinn) eingestekt, für 1932 werden es noch mehr werden.

40 Millionen hungern, frieren, darben! Zwei Drittel der gesamten Bevölkerung führen ein Dasein wie chinesische Kulis.

Allen Arbeitermännern und proletarischen Hausfrauen muß diese Tatsache ein Ansporn zur mutigen Offensive, zur Rettung vor Hunger und Frost sein, für die Deffnung der Lebensmittelspeicher und Kohlenhalben.

Diese Ausführungen entnehmen wir der soeben erschienenen Nummer der „Kämpferin“. Das neue Heft gibt eine gute Uebersicht über die Aktionen der Erwerbslosen „Rettung vor Hunger und Frost“ und schildert eingehend die „Winterhilfe“ der Bourgeoisie. Jede Arbeiterfrau sollte deshalb diese Zeitung abonnieren. Zu haben in allen roten Arbeiterbuchhandlungen und durch die Post. Preis 10 Pfg. Erscheint alle 14 Tage.

Die ganze Rhein-Ruhrpresse der KPD. verboten

Auflösung von Delegiertenversammlungen der Betriebe — Entfaltet Protestaktionen gegen die Verfolgungsmaßnahmen des Schleicher-Regimes und seiner Helfer!

Das kommunistische „Ruhr-Echo“ wurde, nach Verletzung der Zensur durch die Polizei ohne Vorweisung einer schriftlichen Begründung bis 31. Dezember für verboten erklärt. Am Tage darauf, am 13. Dezember, wurde die Düsseldorf kommunistische „Freiheit“ und alle Kopfbücher auf fast drei Wochen verboten; eine Begründung ist bis zur Stunde nicht gegeben. Weiter wurde das Kölner Organ der KPD, die „Sozialistische Republik“, samt ihren Kopfbüchern bis einschließlich 31. Dezember verboten; die Veröffentlichung der Begründung ist bei Androhung weiteren Verbots verboten.

Am Sonntag wurden die Bezirksparteitage der KPD. im Ruhrgebiet und in Pommern aufgelöst. Am gleichen Tage verfiel eine Delegiertenkonferenz, die von 130 Vertretern von Mansfelder Betrieben besucht war, ohne weitere Angabe der Gründe der polizeilichen Auflösung; ebenso eine Delegiertenkonferenz der Anilinarbeiter in Lubgshafen.

Das Schleicher-Regime offenbart sich in seiner wahren Gestalt. Die Schleicher-Regierung geht verächtlich gegen die Arbeiter und ihre revolutionäre Vorhut, die KPD., vor. Während die KPD. sich mit „sozialen“ Geizen die Arbeiter einzuschleifen sucht, führt sie Schlag auf Schlag zur Wiederherstellung der Weihen, um dann neue sozialreaktionäre Maßnahmen und neue Diktaturverordnungen erlassen.

Die Schleicher-Regierung wird dabei unterstützt von der Sozialdemokratie, von der Hitler-Partei und vom Zentrum. In Dortmund ist es SPD-Förgiebel, der Leipziger Brief an Schleicher ergänzte den Parteitag auslöste, in Köln ist es der Zentrums-Oberpräsident Bachs, der die „Sozialistische Republik“ verbot. Und die KPD. wird nicht begünstigt.

Die Verbot- und Verfolgungsmaßnahmen gelten und treffen mit der KPD. zugleich die ganze Arbeiterklasse. Darum muß der Kampf des Proletariats gegen Hunger und Faschismus zugleich ein Kampf die Verfolgungsmaßnahmen gegenüber der proletarischen Organisationen, Bergammlungen und Organisationen sein. Die neuen Verbot-

maßnahmen des Schleicher-Brach-Regimes und seiner Järgrießels und auch beantwortet die ganze Arbeiterklasse durch einen Sturm des Protestes. Betriebe, Stempelstellen auf den Plak! Beschlüsse auch in allen Gewerkschaftsversammlungen! Es lebe der Kampf für Brot, Arbeit und für die Freiheit der Arbeiterklasse!

Regierung Herriot gestürzt

Paris, 14. Dezember. Soeben verbreitet die Telegraphen-Union die Meldung, daß heute Nacht die Regierung Herriot mit einer großen Mehrheit in der Kammer gestürzt worden ist. Während die Regierung die fällige Dezemberrate an die Vereinigten Staaten leisten wollte, hat die Kammer in der heutigen Nachtabstimmung dagegen entschieden.

Berlin, 14. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die belgische Regierung hat gestern beschlossen, die Schuldenszahlungen an die Vereinigten Staaten einzustellen, solange von Deutschland keine Reparationszahlungen geleistet werden. Das belgische Kabinett ist gestern zurückgetreten.

Jeder Bergarbeiter liest das Organ

Der Grubenarbeiter

Organ der revolutionären Bergarbeiter
Herausgegeben von den Grubenarbeitern für Grubenarbeiter
Jahrgang 2 • Nummer 2
Erscheinungstag: Sonntag, 17. Dezember 1932
Preis: 10 Pfennig

Die große Kinder-Sondernummer

32 Seiten stark — 20 Pfennig.

Weihnachten. In der Schule, im Radio, im Kino, in der gesamten bürgerlichen Presse, auf der Straße, in den Schaufenstern, der Läden zeigt man dem Kinde eine strahlende und glückselige Weihnachtszeit. Dieser Glanz soll über das vorhandene Kinderelend hinwegtäuschen.

Die Nummer 51 der „KZ.“ bringt Berichte und Bilddokumente aus allen kapitalistischen Ländern, die zeigen, daß die Kinder in Elend und Not leben. Kapitalismus bedeutet Kindermord — Sozialismus aber Kinderhoffnung. So leitet der bekannte Arzt Dr. Sodann mit einem Artikel die Kindernummer ein. Wir sehen die Kinder-Armeen Amerikas auf den Landstrassen, die Kinderhüllen in Schanghai und den Kinderdrill im Dritten Reich in Italien. Auch in den Stätten der alten Kultur, in Griechenland, die gleiche Kindermord. In der gesamten kapitalistischen Welt daselbe Bild.

Nur in der Sowjetunion gibt es keine Kinderausbeutung, keine Kinderhüllen, kein Kinderelend. Hier können die Kinder lachen. Auf vier Seiten wird dargestellt, daß das Jahrhundert des Kindes dort beginnt, wo die Arbeiter und Bauern herrschen — in der Sowjetunion.

Ein neuer Roman beginnt in der Nr. 51 der „KZ.“ von Maria Leitner: „Wehr dich, Kato!“
Der Kalender für 1933 liegt außerdem dieser Nummer bei.

Veröffentlichungen. In dem Artikel „Schleichers Waffenstillstand“ soll es in der 10. Zeile (erster Absatz) statt ein Vertreter der politischen Partei, ein Vertreter der Politischen Polizei heißen. Weiter: In dem Artikel „Marm — Winterhilfe in Gefahr!“ muß es im zweiten Absatz richtig heißen: 20 Dezember heißen insofern.

Zehn Jahre Zuchthaus für den antifaschistischen Arbeiter Seidel

Entfacht den Massensturm im Betriebe und auf der Stempelstelle gegen dieses Terrorurteil Heraus mit den politischen Gefangenen!

Waldburg. Wie bereits gestern kurz mitgeteilt, fand am Montag, dem 12. Dezember, vor der Großen Strafammer in Waldburg die Verhandlung wegen der Vorgänge am 18. Oktober anlässlich der Ermittlung des Vorsitzenden des Neubauvereins Noblich aus Nieder-Hermsdorf statt. Auf der Anklagebank saß der Genosse Hermann Seidel, Weißstein.

Eine große Anzahl Arbeiter hatte sich in der näheren Umgebung und in dem Hause selbst, in welchem Knoblich wohnte, angelammelt, die von der Polizei abgedrängt wurden. Die Möbel waren bereits auf dem Möbelschuppen verladen, als ein Arbeiter die Pferde ausspannte und dieselben forttrieb. Der Arbeiter wurde von einem Schubbeamten gefaßt, konnte aber wieder entkommen. Gen. Seidel, der auf dem Wege nach Fellhammer war, sah den Aufruhr und glaubte, daß es sich um einen Verkehrsunfall handle, weshalb er sich in die Nähe begab. Die Schubbeamten „läuberten“ eben die Straße, bei welcher Gelegenheit auch S. von einem Beamten verfolgt wurde. Der Verfolgte fiel über einen niedrigen Gartenzaun, und der Beamte stürzte auf ihn. Hier soll S. den Beamten getreten und um sich geschlagen haben. Er wurde schließlich verhaftet und in ein Haus gebracht, wo er den Beamten um ein Glas Wasser bat. Der Beamte erwiderte hierauf, daß er S. über den Zaun schleifen wolle. Außerdem erklärte ein Beamter, daß sie den „Nichtigen“ nicht gekriegt haben und Seidel dafür büßen müsse.

Als Belastungszeugen traten die Polizeibeamten Mose, Malle und Bühr auf. Ihre Aussagen standen stark im Widerspruch zu den Angaben, die sie früher gemacht haben. Während Mose früher Seidel beschuldigte, geschlagen zu haben, konnte er das vor Gericht nicht aufrecht erhalten. Der Zeuge Malle gab während der Verhandlung erst an, daß man von dem Weg nach Fellhammer Vorgänge in der Sieblung nicht sehen kann, mußte aber schließlich das Gegenteil seiner Aussage bestätigen. Der Zeuge Bühr hatte früher angegeben, daß Seidel versucht habe, den verhafteten Arbeiter aus dem Gewahrsam des Beamten Malle zu befreien. Wesentlich anders waren seine Aussagen vor Gericht. Und zwar wörtlich so: „Er (Seidel) wollte sich bücken“, „er hat sich gebückt“. Bühr nahm also jetzt nur an, daß S. den Arbeiter habe befreien wollen, während er früher das mit Bestimmtheit angegeben hatte. Außerdem konnte Bühr nicht aufrechterhalten, daß S. ihn geschlagen habe. Lediglich hielt er sich an der Aussage, daß S. ihn getreten habe.

Die von Rechtsanwalt W. Pid, Breslau, aufgezeigten Widersprüche der Beamten brachten eine peinliche Situation, so daß das Gericht den Kriminalsekretär Gröndler als Zeugen hinzuzog, der unter Eid bestätigte, daß die Beamten ihre Angaben wie im Protokoll gemacht haben.

Der Vertreter der Anklage beantragte gegen den Angeklagten wegen Aufruhr und Gefangenenbefreiung zehn Jahre und zwei Monate Zuchthaus.

Rechtsanwalt Dr. Pid zerpflückte in seinem Plädoyer die Anklage und wies nach, daß von „Gefangenenbefreiung“ und einer „Zusammenrottung“ im Sinne der Roten Ordnung, was den Angeklagten betreffe, keine Rede sein kann. Angenommen, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegten Straftaten wirklich begangen hätte, was ja aber durch den Verlauf der Verhandlung nicht erwiesen sei, so wäre zu berücksichtigen, daß S. als Klassenbewußter Arbeiter seinem Klassen-genossen helfen wollte, da ja auch der Staat für menschenwürdige Wohnungen sorgen soll. Dr. Pid verwies hierbei an ein Urteil des Staatsgerichtshofes, der Angeklagte der Organisation „Schwarze Fahne“, die in Östpreußen die Zwangsversteigerung eines Bauern verhinderten, den wegen übergesetzlichem Notstand freisprach. Rechtsanwalt Dr. Pid, als Verteidiger von der Roten Hilfe, beantragte Freispruch und Haftentlassung.

Nach längerer Beratung verkündete das Gericht ein Schreckensurteil, das nach dem Verlauf dieser Gerichtsverhandlung niemand erwartet hätte. Zehn Jahre Zuchthaus! Ein Klassenurteil!

Es ist ja nur ein Arbeiter, der zehn lange Jahre hinter Zuchthausgittern schmachten soll, dazu noch ein antifaschistischer Arbeiter! Sie, die zu Gericht sitzen, sie fragen nicht danach. Aber wir alle, das gesamte Proletariat erhebt die Stimme zum klammenden Protest. Wir dulden nicht länger, daß ehrliche Klassen-genossen, keine Verbrecher, jahrelang unschuldig in den Gefängnissen und Zuchthäusern der deutschen „Republik“ schmachten. Wir kämpfen mit der Roten Hilfe für die Freilassung aller proletarisch-politischen Gefangenen. Werbt neue Mitglieder für die Rote Hilfe, unterstützt die „Sanitätskolonne des kämpfenden Proletariats“. Protestiert überall, im Betriebe und auf der Stempelstelle gegen dieses neue Terrorurteil der Klassenjustiz! Heraus mit dem Genossen Seidel! Solidarität! Solidarität!

Genosse Seidel durfte nicht einmal Abschied von seiner Mutter nehmen

Als die Mutter und Schwester des Genossen Seidel sowie seine zukünftige Schwiegermutter am Montagfrüh um Sprecheraußsicht während der Besuchsstunde ersuchten, wurde ihnen verprochen, nach der Verhandlung, falls er nicht freigelassen würde, ihn sprechen zu können. Diese Erlaubnis gab nach der Verhandlung auch der Vorsitzende des Gerichts, Herr Landgerichtsdirektor Dr. Bollmann.

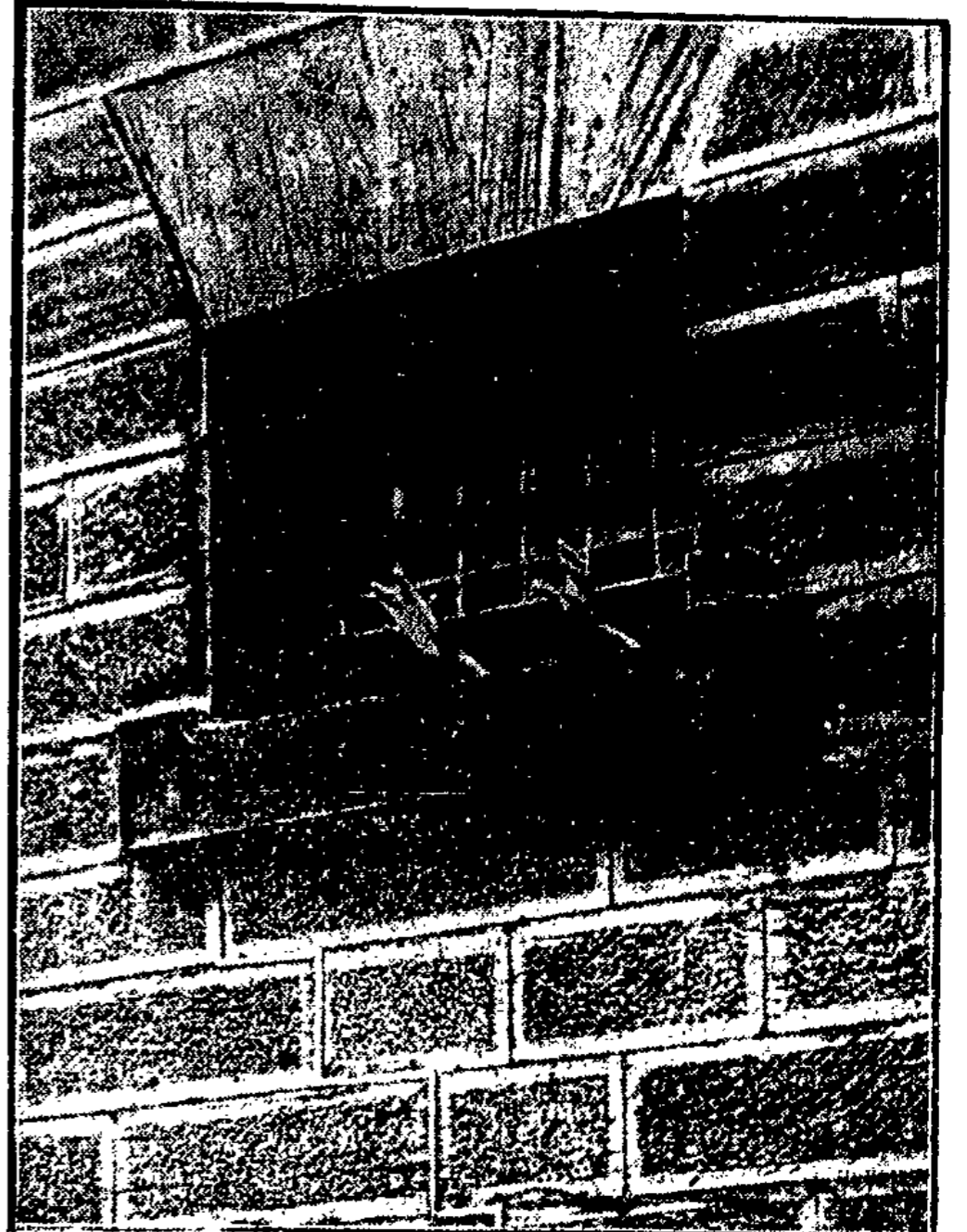
Die Frauen wurden zum Tor geschickt, wo sie den Gen. Seidel einen Augenblick sprechen sollten. Dort angekommen, wurde ihnen das Tor vor der Nase verschlossen mit der Aufforderung, einen Sprechzettel zu holen. Auch dieses Bemühen war ergebnislos, nachdem man die bejahrten Frauen einige Male hin- und herschickte.

Auf dem Bauche liegend, streckte Genosse Seidel die Hand durch

den Nyl am Steinpflaster unterhalb des Tores, ohne seine Mutter, Schwester und Schwiegermutter noch einmal gesehen zu haben.

Diese Behandlung ist ein Skandal, der jeder Beschreibung spottet. Ein Schwerverbrecher kann nicht anders behandelt werden. Auch gegen diesen Skandal protestiert die Arbeiterschaft des Waldburger Reviers auf das Schärste.

Daß die im Flur und vor dem Gerichtsgebäude wartenden Arbeiter und Arbeiterfrauen mehreremals von der Polizei zerstreut wurden, sei ebenfalls mitgeteilt. Es ist bei anderen Verhandlungen schon anders gewesen (Molle, Schufz usw.).



**Lebt praktische Solidarität!
Kämpft mit der Roten Hilfe
gegen Sondergerichte!
Heraus mit den politischen
Gefangenen!**

Tuberkulose und Diphtherie als ständige Gäste

Waldburg-Altwasser. In dem Hause Breslau-er Straße Nr. 81, herrschen seit längerer Zeit Zustände, die weit hinter das Mittelalter erinnern. Als Wirt wohnt ein „Eiserner Hindenburg-Frontler“, Hermann Springer, mit seiner Gemahlin. Parole: „Mühe unterm Arm“ und „wer gut schmiert, der gut fährt.“ Die Mieter wurden ausgewählt und ausgezogen. Frau Sp. ging von Wohnung zu Wohnung, forderte die Mieter aus, schimpfte selbst auf den Wirt und verleumdete denn die Mieter auf die schäblichste Art und Weise beim Hauswirt. Dafür gibt es dann natürlich auch Belohnung.

Der Zustand der Wohnungen spottet jeder Beschreibung. Tuberkulose und Diphtherie sind in diesen Höhlen ständige Gäste. Die Kinder eines Mieters sieden von Tag zu Tag zusehends hin. Die Dielen sind verfault, mit Schwamm und Pilzen besät. Die Wände sind kohlschwarz. Die Fenster fallen bald heraus. Die Decken sind in einem Zustande, daß sich die Mieter fürchten, Feuer zu machen. Die Prozente für Schönheitsreparaturen müssen wohl bezahlt werden, aber gemacht wird nichts.

Natürlich fehlen auch Ratten und sonstiges Ungeziefer nicht. Die Mieter fürchten sich, aufs Klosett zu gehen. Die Kanäle, wo Kot und alles andere reingeschüttet wird, werden das ganze Jahr nicht sauber gemacht, jedoch sieht ein fürchterlicher Gestank verbreitet.

Vor ungefähr vierzehn Tagen wurde eine Wohnung frei, in die eine ermittelte Familie gesetzt wurde. Als der Möbelschuppen vorgeführt, kam Frau Springer und gab Befehl, zu halten. Herrlich erklärte die seine Frau: „Der Wagen wird nicht eher an gemacht und kein Stück kommt mir rein, wenn nicht die Miete im voraus gezahlt wird. Weil die Familie dazu nicht in der Lage war, das Geld zu legen, da sie erst für die vorige Wohnung die Miete bezahlt hatten, brüllte die Frau herum, als ob sie Schen vor sich hätte. Die SPD-Tante (sie schmückt immer ihr Fenster mit Lohes-Pfakaten und der

Aufforderung, Liste 2 zu wählen) rief ein Fahrrad weg und beschlagnahmte es, um dasselbe für die Miete zu rechnen. Das Rad gehörte nicht der Familie, sondern einem Arbeiter, der beim Umzug half.

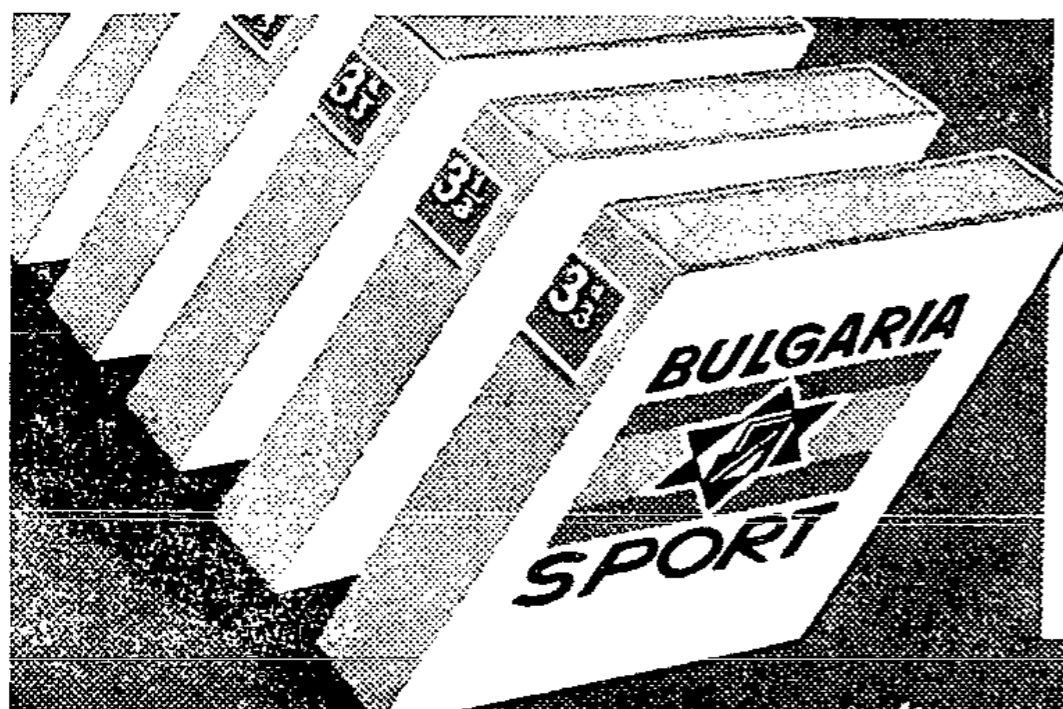
Mieter des Hauses Nr. 81, fordert geschlossene Beseitigung aller Mißstände und beseitigt das Herrenregiment des Wirtes und seiner Frau. Acht ab, mit euren Kindern in elenden Höhlen dahinzusuchen und zugrunde zu gehen!

Nazi-Jugendleiter Führer einer Diebesbande

Marktsta. Die Verwaltung des Rittergutes Schwerta beobachtete in letzter Zeit ein auffälliges Schwenden am Getreidebestand. Sie mußte feststellen, daß eine Diebesbande ungefähr 35 Zentner Getreide gestohlen hatte. Der Rädelührer dieser Bande, Rudolf Sacher aus Schwerta, ist bereits der Landjägererei zur näheren Vernehmung übergeben worden. Mit Sacher ist nun wieder eine große Nazi-Käule geborsten. Sacher ist Stammer SA-Mann und Jugendleiter der Schwertaer Nazis.

Eine feine Nummer, die geradezu in hervorragender Weise für die Jugendberziehung der Nazis geeignet zu sein scheint. Die Jungarbeiter in der Hitlerjugend und SA haben schon des öfteren erlebt, daß die Führer, die ihnen vorgeführt werden, Qualifikationen ganz besonderer Art haben. Das entspricht ganz dem Ziel der Hitlerjugend, die Jugendlichen im Geiste des Faschismus, zur Niederhaltung der Arbeiterklasse zu erziehen.

Zugarbeiter, macht Schluß mit dem faschistischen Gesindel, reißt auch ein in den kommunistischen Jugendverband, zum Kampf gegen die faschistische Arbeitsdienstpflcht, um die soziale und nationale Befreiung der deutschen werktätigen Jugend, für eine glückliche Zukunft in der Arbeiter- und Bauernrepublik!



Bahnbrechend

sein, ist seltenes Ereignis. Dazu gehört ein ganz großer Wurf.

Zweifach gelang er jetzt der Bulgaria.

Sie schuf das Musterbeispiel der 3 1/2-Pfg.-Zigaretten: Bulgaria Sport

und den Schlager aller Filmbilder: die herrlichen Bulgaria-Gold-Filmbilder.

BULGARIA SPORT, die 3 1/2 der Bulgaria

6 Zigaretten 20 Pfg.

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe

RUND UM DEN ERDBALL

Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung

Gespräch mit Arbeiterinnen in den Sowjetbetrieben

Die Hauptform der Ernährung des Betriebsarbeiters ist der Betriebskantine, dessen sich in der Kabelfabrik, wie auch sonst im allgemeinen etwa 80 bis 90 Prozent der Arbeiter bedienen. Sie erhalten hier in allen drei Schichten, also auch nachts, ein warmes Essen aus zwei bis drei Gerichten. Es gibt durchschnittlich einmal im Monat Fleisch, sonst Fischgerichte. Dieses Essen erhalten die Arbeiter außerhalb der festgelegten Verteilungsnormen. Es kostet hier je nach Qualität 0,70 bis 1,50 Rubel. Die Preise sind in den verschiedenen Betrieben verschieden. Es gibt Betriebe, in denen man schon für 30 bis 50 Kopeten gutes Essen bekommt, und Betriebe, in denen es außer den billigeren Mahlzeiten auch köstliche Mittagessen gibt, bis zu 3,50 Rubel. Preise und Qualität des Essens hängen sehr oft ab von der Geschicklichkeit des Direktors, der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen des Betriebes, des Küchenchefs, vor allem aber von der Aktivität der Belegschaft selbst.

Eine wichtige Frage, die besonders in den letzten Wochen in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt wurde, ist die Qualität des Essens in den Betriebsküchen und die Qualifikation der Köche. Die Zeitungen beschäftigen sich bereits in Leitartikeln mit dieser Frage, und es beginnt unter reger Teilnahme der Belegschaften ein sozialistischer Wettbewerb unter den Betriebsküchen für die Hebung der Qualität des Essens und für die ausgiebigste Verwendung der verfügbaren Nahrungsmittel.

Das Hauptaugenmerk der Belegschaften bei der Überwindung der Lebensmittelprobleme richtet sich auf die Schaffung einer eigenen Lebensmittelbasis im Rahmen des Betriebes. Sie organisieren eigene Betriebsgüter.

Die Belegschaft der Kabelfabrik hat diese Arbeit erst im vorigen Jahr begonnen. Sie verfügt zunächst nur über eine Fläche von 30 Hektar, wird sie aber im nächsten Jahr auf 100 Hektar erweitern. Das diesjährige Ergebnis ist dementsprechend noch bescheiden: 120 Tonnen Kartoffeln, 260 Tonnen Kohl, Mohrrüben und anderes Gemüse. Ferner sind da 200 Schweine und 400 weibliche Kaninchen als Grundlage einer eigenen Fleischwirtschaft. Für das nächste Jahr wird auch die Einrichtung eines eigenen Fleischereibetriebes geplant.

Was hier nur Beginn ist, haben wir in anderen Betrieben bereits in breiterer Entfaltung: so etwa in der Charkower Elektromechanischen Fabrik (früher UG). Sie besitzt bereits 2000 Hektar eigenen Boden und 1100 eigene Kühe mit entsprechender Futterbasis. Diese Landwirtschaft, die ausschließlich zur Versorgung der eigenen Belegschaft über die staatliche Ernährungsnorm hinaus dient, verfügt ein Kapital von 3 1/2 Millionen Rubel bei einer Belegschaftsziffer von 15 000. Man hört natürlich in dieser Fabrik auch fast überhaupt keine Klagen über Nahrungsschwierigkeiten. Ich sah hier eine Speisehalle, die in Keimform eine Vorstellung darüber gibt, in welcher Weise nach der Überwindung der Lebensmittelprobleme für die Arbeiter gesorgt wird. Aber darüber später.

Ich fragte die Arbeiterin Iwanowa, ob sie sich darüber Gedanken mache, woher die Schwierigkeiten stammen. Sie antwortete beinahe gekränkt:

„Sie glauben doch etwa nicht, daß es unter uns viele Arbeiter und Arbeiterinnen gibt, die sich nur um ihre persönlichen Angelegenheiten kümmern? Die Schwierigkeiten kommen daher, daß jetzt die Zahl derjenigen Leute, die mit Nahrungsmitteln und Verbrauchsgütern anständig versorgt werden sollen und darauf auch Anspruch haben, ungeheuer gewachsen ist, nicht nur in der Stadt, vor allem auch auf dem Lande. Der Einzelbauer versorgte sich früher in seiner primitiven ländlichen Art. Die Kollektivbauern aber, die sich mit als Vertreter unseres sozialistischen Systems fühlen, begnügen sich

heute keineswegs mehr wie früher mit Baststüben, mit fleischlosen Mahlzeiten und überhaupt mit ihrer früheren einfachen Lebensart. Wissen Sie was eine „combination“ ist? Was wußte davon früher eine Bauernfrau? Und jetzt tragen viele Frauen in den Kollektivwirtschaften die modernste Unterwäsche. Und so ist es mit allem: Fleisch, Schuhen, Kleidern, Bonbons usw. Die Herren des Landes haben doch andere Ansprüche als früher die Knechte und Lohnsklaven. Um sie alle befriedigen zu können, müssen wir noch manches Jahr angestrengt arbeiten.“

Die Arbeiterin Iwanowa, die so sprach, ist nicht etwa eine Partei- oder Gewerkschaftsfunktionärin, sondern eine einfache Arbeiterin einer der niedrigsten Lohnkategorien (monatlich 100 Rubel). Ihre Biographie: sie fing im dreizehnten Lebensjahr

zu arbeiten an, wenn auch ausnahmsweise nicht als Dienstmagd, sondern als Lehrling in einer Schneiderlei. Ich fragte sie:

„Gibt es nicht unter euch Stimmungen, man sollte aus den vorhandenen Vorräten zuerst für die hinreichende Versorgung der Arbeiterklasse und dann erst für die Bauernschaft sorgen?“

Ganz empört antwortet sie:

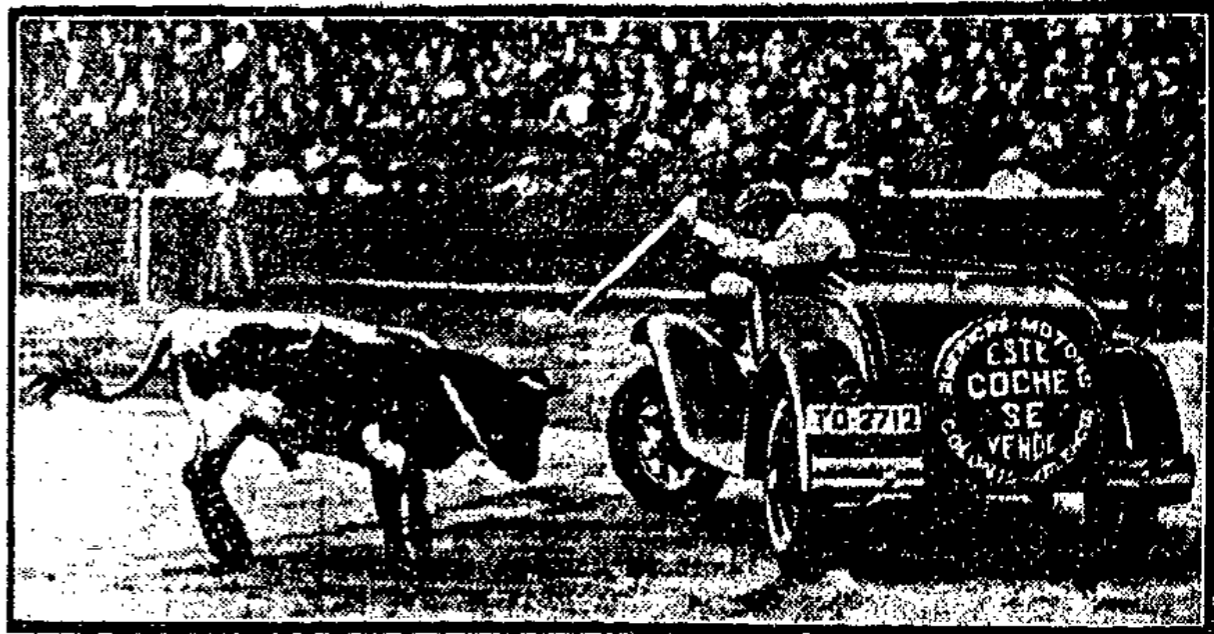
„Sollen wir etwa die Kollektivwirtschaftler wieder in die Arme der Kulaken treiben? Soll der Kulak wieder Herr im Dorfe werden? Wir würden lieber hundertfach mehr Schwierigkeiten erdulden. Haben Sie denn im Auslande noch keine Opfer für den Klassenkampf gebracht?“

„Und was sind unsere kleinen Alltagsorgen, die wir erdulden, um die Industrialisierung und Kollektivierung siegreich zu Ende zu führen im Vergleich zu den Opfern, die unsere ausländischen Klassenkämpfer in Streiks, in Gefängnissen oder auf dem Galgen bringen müssen.“

Den letzten Satz sagte schon wieder Komowa. Alle umherstehenden Frauen nickten ihr zustimmend zu. Sie sagte es in einem Ton, daß ich mich beinahe schämte, meine letzte Frage überhaupt gestellt zu haben.

Stierkämpfe statt Brot

Wie die früheren spanischen Regierungen, versucht auch das gegenwärtige Regime, an dem Sozialdemokraten führend vertreten sind, die Massen durch Stierkämpfe abzulenken, während sie auf streikende Arbeiter schießen läßt. — Unser Bild zeigt ein mit rotem Tuch überzogenes Auto, das einen Stier reizt, um ihn dann zu „besiegen“.



Drei Arbeiter beim Reinigen von Gasanlagen vergiftet

Kattowitz, 13. Dezember. In der Königshütte verunglückten beim Reinigen von Gasanlagen an den Hochöfen drei Arbeiter durch Einatmen giftiger Gase. Während bei zwei von ihnen alle Wiederbelebungsvoruche erfolglos blieben, konnte der dritte Verunglückte ins Bewußtsein zurückgerufen werden.

Aus aller Welt

Dammbruch beim Elektrizitätswerk Fröndenberg

Dortmund, 13. Dezember. Aus bisher unaufgeklärter Ursache entstand am Damm des Elektrizitätswerkes Fröndenberg ein Bruch von etwa 15 Metern Breite. Gewaltige Wassermassen ergossen sich in die Ruhrweiden und überfluteten die Kreisstraße. In der Nähe des Kraftwerkes entstand ein Trichter von etwa 25 Metern Durchmesser. Die in der Nähe befindlichen Gartenanlagen wurden fortgeschwemmt. Mehrere Industriewerke mußten den Betrieb einstellen, da infolge Zerstörung des Hauptabfels kein Strom zur Verfügung stand. Die Ausbesserungsarbeiten dürften längere Zeit in Anspruch nehmen. Doch hofft man, die Arbeit in den Betrieben schon in den nächsten Tagen wieder aufnehmen zu können. Der Direktor der Gesellschaft hält es für möglich, daß der Dammbruch seine Ursache in den Erdhöhlen hat, die vor kurzem in Westdeutschland zu verzeichnen waren.

Tod in den Flammen

Die 26 Jahre alte Hausangehörige Annemarie W. wurde in Mittelkirch, einem kleinen Dorf in der Nähe von Hamburg, unter der Anschuldigung des Mordes verhaftet. Sie hatte den Hof ihres Arbeitgebers angezündet, um den 53jährigen Geisteskranken Heinrich Schliefer, der auf dem Hofe lebte, zu töten. Sie erklärte im Verhör: „Ich habe das Feuer angelegt, weil ich den Verriickten nicht leiden konnte. Ich mußte ihn immer bedienen. Ich konnte ihn schon nicht mehr sehen. Da packte ich auf, wie er in die Scheune ging, habe dann zugemacht und das Heu angezündet.“

Die Zahl der Flüchtlinge aus der Mandchurie, die im Laufe des letzten Jahres in Peking eingetroffen sind, wird auf 500 000 Menschen geschätzt.

Schriftliche Meldungen zufolge herrscht in diesen Bezirken Chiles, namentlich in den Salpeter-Provinzen, große Hungersnot. Zahllose Menschen, darunter auch viele Kinder, sind vor Hunger gestorben.

Das deutsche Volkseinkommen ist seit 1929 um über 26 Milliarden zurückgegangen; es beträgt augenblicklich etwas über 50 Milliarden Mark.

Von den deutschen Forsten sind 47,5 Prozent Privatbesitz, 32,5 Prozent Staatsforsten, 15,5 Gemeindeforsten und 2,3 Prozent Genossenschaftsforsten. — Niederösterreich, Niederbavarn, Westfalen weisen die meisten Privatforsten auf, während die meisten Staatsforsten sich in Mecklenburg befinden.

Der Albertsee in Nordafrika ist nicht nur eine der wärmsten Stellen des Erdteils, sondern auch eine der ungesundesten. Die drückende Luft entfährt sich oft in schweren Gemütern. Die Eingeborenen nennen den See Moutan-Azige, das bedeutet Heuschreckensee, und dieser Name ist wohl berechtigt, da es in der ganzen Gegend von Heuschrecken wimmelt. Südlich des Albertsees liegt das gewaltige Ruwenzori-Gebirge, dessen Gipfel 5000 Meter hoch aufragen und von ewigem Schnee bedeckt sind, den auch die brennende Sonne nicht zu schmelzen vermag.

Ein Jugendlicher vor Gericht

Um 4 Mark, aus Angst vor dem Chef, Mord und Selbstmordversuch

Quedlinburg, 13. Dezember. Ein 17jähriger Laufbursche einer bürgerlichen Zeitung in Quedlinburg stand unter den Bestimmungen des Jugendgerichtsgesetzes, also unter völliger Ausschließung der Öffentlichkeit, unter der Anklage des Mordes vor der Großen Strafkammer. Auf einem Sportplatz hatte er seine Freundin erschossen und sich danach selbst eine Schußverletzung beigebracht. Er konnte aber gerettet und geheilt werden.

Der Angeklagte verteidigte sich damit, daß er das Mädchen auf dessen Verlangen gekötet hätte. Er hatte bei seinem Unternehmer vier Mark unterschlagen und befürchtete deswegen eine Strafe. Deshalb hätte er aus dem Leben scheiden und das Mädchen hätte mit ihm gehen wollen.

Vom Jugendgericht war der Angeklagte deswegen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte aber Berufung eingelegt, weil sie den Fall nicht als Tötung auf Verlangen, sondern als Mord ansah. Auch am Schluß der neuen Beweisaufnahme blieb der Staatsanwalt dieser Ansicht. Das Berufungsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß dem Angeklagten nur Tötung auf Verlangen nachgewiesen werden könne. Es erhöhte aber die Strafe auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis.

Glosse vom Tage

Mit dem Dolch im Gewande

„Was willst du mit dem Dolche? Sprich!“ So beginnt das bekannte Gedicht bei Schiller. Zum Schluß löst sich dann alles in Wohlgefallen auf, der Attentäter, sein Freund und der Tyrann bilden dann ein freundschaftliches Aleeblatt, das mächtig die Tränenröhrchen kühlt.

An diese Geschichte wird man erinnert, wenn man die Artikel und Nachrichten über das angebliche Attentat in Doorn liest. Der Atem stockt, die Nerven sind aufs höchste angespannt — so berichtet eine Berliner Zeitung. Aus Amerika, aus Australien, aus Asien, aus Afrika, aus Potosdam und aus anderen Weltteilen versucht man vergeblich Verbindung mit dem Postamt Doorn, um Näheres über das angebliche Attentat und über das Wohlbefinden Wilhelms zu erfahren. Ein Berliner Mittagsblatt beklagt sich bitter über den Bürgermeister und über die Gendarmen von Doorn, die sich in Schwelgen hüllen und die Reugierde von einem Duzend Erdteilen nicht befriedigen wollen.

Was also ist in Doorn geschehen? Man gewandt den Eindruck, daß es sich hier um eine groß angelegte, aber nicht sehr gelungene Reklame für Wilhelm handelt. Die Zeitungen berichten, daß es unerklärlich sei, wie der Attentäter über eine vier Meter hohe Mauer ins Arbeitszimmer Wilhelms gelangen konnte. Der einzige Eingang sei Tag und Nacht von zwei Gendarmen bewacht. Und trotzdem findet man plötzlich im Vorraum von Wilhelms Arbeitszimmer einen Attentäter mit einem Dolch, wollte sagen einem Revolver, im Gewande. . . .

Wieso also ist der Mann hingelangt? Und wenn er schon dort war und tatsächlich ein Attentat hätte verüben wollen, warum hat er nicht geschossen???

Eine Zeitung meint, es handele sich hier vielleicht um einen Geistesgestörten und fügt hinzu, daß man in letzter Zeit oft verdächtige Geistesgestörte in Doorn bemerkt haben soll. Das mag sein. Ob unter den verdächtigen Geistesgestörten Wilhelm gemeint ist, wissen wir nicht. Komisch aber wirkt es, daß Doorn einen Anziehungspunkt für Geistesgestörte bildet.

Wie bei Schiller wird sich auch hier anscheinend alles in Wohlgefallen auflösen, nur scheint die Reklame ein Geschicksgewesen zu sein.

Grubenunglück in Belgien

Sechs Arbeiter verschüttet

Brüssel, 13. Dezember. In Perennes bei Dinche ereignete sich ein schweres Bergwerksunglück. Bei Auangriffnahme der Arbeiten in einer neuen Abbaustrecke in 700 Meter Tiefe erfolgte ein Einsturz. Sieben Arbeiter wurden verschüttet. Einem algerischen Bergmann gelang es, sich zu retten. Die Bergungsarbeiten werden durch das Ausströmen giftiger Gase außerordentlich erschwert. Die verschütteten Bergarbeiter gaben auf Klopfsignale keinerlei Antwort. Trotz fleißigster Anstrengungen der Rettungsmannschaften müssen alle sechs Bergleute als verloren angesehen werden.

Arzt wuchert mit § 218

Bielefeld, 13. Dezember. Das Schwurgericht Bielefeld hat den praktischen Arzt Dr. med. Gerhard Witte wegen gewerbmäßiger Abtreibung in vier Fällen unter Jubilierung mildernder Umstände zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Dieser Arzt hat die Notlage seiner Patientinnen in üblicher Weise ausgenutzt und große Honorare von ihnen verlangt. Von einer Kontoristin, die ein Monatsgehalt von 160 Mark hatte, und ebenso von einem arbeitslosen jungen Mädchen forderte er zunächst 500 Mark und ging in einem Falle auf die immer noch beträchtliche Summe von 250 Mark herunter.

Zwei Opfer des Gases

In der Wohnung der Familie Rosenbergs in der Bismarckstraße 49 in Charlottenburg löste sich heute nacht der Gaspllauch vom Kocher. In der Frühe wurde der 12jährige Herbert Rosenbergs, der neben der Küche schlief, in seinem Bett tot aufgefunden, während das auf der anderen Seite der Küche schlafende Hausmädchen schwere Vergiftungserscheinungen zeigte. Das Mädchen wurde ins Krankenhaus Westend geschafft.

Rüstungen zum Interventionskrieg gegen Sowjetrußland

2000 Gasmasken in den Kreisen Lauban-Görlitz!

Verteidigt die Sowjetunion durch Kampf um eine deutsche Arbeiter- und Bauernrepublik!

Die Erfolge der Sowjetunion, die sich trotz abheben von der sich immer mehr vertiefenden Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern...

Sehen wir uns in Deutschland um. Die Kapitalistenklasse gab vor einiger Zeit ihr Rüstungsprogramm durch den jetzigen Kanzler Schleicher bekannt...

So besuchte vorige Woche ein Reisender Wigandsthal, um bei bessergestellten nationalen Einwohnern Gasmasken zum Preise von 38 Mark per Stück anzubieten.

Braucht man Gasmasken für den Frieden? Dies wird wohl niemand behaupten wollen. Also braucht man sie für den Krieg, für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion!

Sollen wir uns abermals für eine Handvoll Ausbeuter die Leiber zerfleischen, zerflehen lassen? Heute steht man Gasse her, gegen das es keine Verteidigungsmittel gibt...

Die arbeitslosen Erklärungen aller Parteien, von den Nazis bis zur SPD, bestätigen, daß sie das deutsche arbeitende Volk in neue Kriegskolonnen, in einen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion zu treiben versuchen.

Nur die Kommunisten kämpfen gegen einen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion, wie gegen jeden imperialistischen Krieg. Wie aber deshalb die Kapitalistenklasse die kommunistische Bewegung haßt...

Sonderbare Zustände im Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Ortsgruppe Görlitz

Görlitz. Am Montag, dem 5. Dezember, fand die übliche Monatsversammlung statt. Zum ersten Punkt sprach der SPD-Domogage Eberle...

Der Vorsitzende Dreißer wollte eine Diskussion nicht zulassen und war ganz aus dem Häuschen, als Kollege L. unbedingt das Wort verlangte.

„Die kämpfen wir gegen das kapitalistische System — gegen die Schleicher-Regierung?“ Kollege L. verband in seinen Ausführungen auf all das Vorstehende einzugehen und wies nach...

„Wir als Invaliden lassen uns nicht vor einen reinen sozialdemokratischen Parteitarren spannen“ und forderte alle Anwesenden auf, den Kampf gegen den Kapitalismus anzunehmen mit allen Mitteln...

siehe da, ein tüchtiger, baumlanger Schufmann wollte Kollegen L. in die Presse hauen und hinauswerfen. Die umstehenden Jugendlichen waren aber anderer Meinung...

Allen Mitgliedern des Zentralverbandes rufen wir zu: Weht den Weg eures 2. Vorsitzenden, dieser hat erkannt, daß euer Platz nicht im Zentralverband, sondern nur im Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit ist.

SPD.-Krampf gegen Hunger und Frost

Nur die Einheitsaktion bringt Rettung vor Hunger und Frost!

Sandberg. Am 8. Dezember hielt die „Eiserne Front“ eine Erwerbslosenversammlung ab, in welcher auch das Gemeindeoberhaupt anwesend war.

Sekretär des reformistischen Landarbeiter-Verbandes schleift Landarbeiter-Kollegen vor Gericht

Goldberg. Vor dem Schöffengericht Goldberg wurde gegen den Landarbeiter Edert und Genossen verhandelt. Der Verlauf dieses Prozesses erbrachte deutlich den Beweis, daß die Bürokratie des reformistischen Landarbeiterverbandes von keinem noch so kapitalistischen Mittel zurückzudrückt...

Im Juli dieses Jahres hielt der SPD-Landarbeiterssekretär Ewald Menzel in Goldberg eine Versammlung ab, an der auch der Kollege Edert und noch mehrere andere Landarbeiter teilnahmen.

Am 7. Dezember wurde nun der Vorfall vor Gericht verhandelt. Menzel brachte den traurigen Mut auf, selbst vor Gericht zu erscheinen und zu sagen, um Landarbeiterkollegen ins Gefängnis zu bringen.

Der Bericht hatte Menzel diesmal allerdings kein Glück. Der Schöwinkel war zu offensichtlich. Zwei Landarbeiter bezeugten unter Eid, daß sie mit dem Kollegen Edert zusammen und zu der Zeit, als die Tat bestrahlt werden soll, schon längst zu Hause waren.

Die Landarbeiterkollegen müssen sich überall diesen Vorfall merken und jetzt bei den Neuwahlen der Ortsvereinigungen des Landarbeiterverbandes dafür sorgen, daß an Stelle dieser Arbeiterverräter nur revolutionäre Kollegen gewählt werden.

Sie sitzen beim Wein und prassen...

Liegnitz. Ein Arbeiter berichtet uns folgendes: Ich kam auf meiner Tour in ein besseres Lokal, wo an einem Tische mehrere „gutgenährte Herren“ saßen. Dieselben hatten den Tisch voll Weinflaschen und ließen sich guten Tag sein.

Der Erwerbslose kann verhungern!

Landgerichtsrat Krügers „soziales“ Gesicht Liegnitz. Am 2. Dezember wurde gegen einen Bierkutscher wegen Unterschlagung verhandelt. Ehe das Gericht zur Beratung ging, erklärte der Landgerichtsrat Krüger dem Angeklagten, er könne wohl eine Buße zahlen...

alles andere, nur nichts „Eijernes“ bemerken. Als das Oberhaupt der Gemeinde erklärte, daß eben Mittel für die Erwerbslosen nicht vorhanden seien...

„Denen müßte mal die Presse gestopft werden.“

zur Sprache kamen, bezeichnete Jäschke den Genossen Großer einen „Lügner“. Darauf wurde der Antrag gestellt, den Genossen Großer herzukommen.

SPD.-Arbeiter, wir sagen euch: Nicht betteln, noch bitten, nur mutig gestritten! Reicht euch mit ein in die rote Einheitsfront und kämpft mit uns für die Verbesserung eurer Lebenslage...

Die Ermittlung an dem Erwerbslosen Erich Dpik, Schweidnitzer Straße 1, welche damals zurückgezogen wurde, soll nun kommenden Donnerstag, mittag 2 Uhr, stattfinden.

daß die Unterstützungssätze noch zu hoch sind. Aber jeder Erwerbslose ist anderer Meinung, und

der hier erwähnte Angeklagte muß, wenn er diesen Verpflichtungen nachkommen will, entweder verhungern oder wieder fragbare Handlungen begehen.

Arbeiter, dieses ist nicht der richtige Weg aus Elend und Not, sondern wir müssen uns zusammenschließen in der revolutionären Erkenntnis, mit allen diesen Zuständen Schluss zu machen...

Kindelmarkt auf dem Neumarkt. Unterstützt durch Einkauf die Klein-Gewerbetreibenden. Ueberzeugt euch von der Leistungsfähigkeit.

Wandleihhaus Grundmann Breslau, Trebnitzer Str. 21. Beleihung v. Kuzügen, Wäsche und Schmuckstücken.

Zu Weihnachten eine nette Lampe. Eleg. Eßzimmer-Krone vernickelt mit Champagnergläsern, 5- und 1-flammig 29.50. 3- und 1-flammig 18.00.

BBI. Das ist nur ein Beispiel! Sie finden jedoch noch viele hundert andere!

Das ist nur ein Beispiel! Sie finden jedoch noch viele hundert andere!

Wir liefern Plakate, Briefbogen, Rechnungen, Programme, Einlaßkarten, Flugblätter, Werke, Zeitungen, Zeitschriften.

Wir liefern Plakate, Briefbogen, Rechnungen, Programme, Einlaßkarten, Flugblätter, Werke, Zeitungen, Zeitschriften.

Sie staunen! Limburger 1/2 Pfd. 22,- aus dem Allgäu. „Hartuna“ Liegnitz.

Sie staunen! Limburger 1/2 Pfd. 22,- aus dem Allgäu. „Hartuna“ Liegnitz. Goldberg Str. 41, Mittelstraße 32.

Spezialhaus für Bastler für Bastler. Bastlerquelle.

Spezialität Sperrplatten, Laubsägeholz und alles was der Bastler braucht. Brüderstraße 81. Telefon 57494. Friedr. Wilh. - Str. 82. LIEGNITZ, Burgstr. 19.

Wir liefern Plakate, Briefbogen, Rechnungen, Programme, Einlaßkarten, Flugblätter, Werke, Zeitungen, Zeitschriften. Massenaufgaben in Flach- und Rotationsdruck preiswert.

FORTSCHRITT AG. FILIALE BRESLAU. Trebnitzer Str. 60. Telefon 48466.